

Sattler-, Tapezierer- u. Portefeuille-Zeitung

Organ des Deutschen Sattler-, Tapezierer- und Portefeuille-Verbandes

Nr. 21/40. Jahrgang

Erscheint wöchentlich.
Bezugspreis
pro Vierteljahr 30 Pf.

Geschäftsstelle: Berlin SO 16, Bräudenstraße 10b
Fernsprecher: Moritzplatz 2120

Bestellung
bei allen Postämtern.
Abfaller loskostenlos

Berlin, 28. Mai 1926

Die Wahlen der Beisitzer zum erweiterten Vorstand.

Die Hauptwahl findet in der Zeit vom 31. Mai bis 12. Juni statt.

Die Verwaltungsstellen erhalten vor der Wahl ein Wahlprotokoll. Dieses ist sofort nach der Wahl auszufüllen und mit den abgegebenen Stimmzetteln in die Hauptverwaltung einzuliefern. Wahlen, für die keine Stimmzettel und kein Wahlprotokoll vorliegen oder bis zum 14. Juni nicht eingelangt werden, können bei der Stimmauszählung nicht berücksichtigt werden.

Als Kandidaten wurden in den einzelnen Verwaltungsstellen aufgestellt:

Ostgau: In Breslau Rudolf Kimpelwisch, in Görlitz Hugo Glomb, in Stettin Wilhelm Krause.

Nordgau: In Bremen Arthur Haupt, in Hamburg Paul Riehmann, in Hannover Paul Spindler, in Kiel Paul Jahnkow.

Mitteldeutscher Gau: In Altenburg Wilhelm Rusewold, in Halle Walter Brückner, in Magdeburg Walter Gatz, in Weimar Walter Epyllinghaus, in Jena Emil Czeng.

Gau Freistaat Sachsen: In Chemnitz Hermann Schulte, in Dresden Karl Naumann, in Leipzig Otto Seiner.

Gau Rheinland-Westfalen: In Bielefeld Oskar Priebs, in Düsseldorf Georg Döring, in Essen August Berger, in Köln Rudolf Anger.

Gau Bayern: In München Laver Karmann, in Nürnberg Hans Neubauer.

Gau Württemberg: In Stuttgart Ernst Schindler und Hermann Schorler, in Ulm Georg Steinemann.

Maingau: In Darmstadt Heinrich Huber, in Frankfurt a. M. Franz Weiserfeld, in Mannheim Heinz Söhle.

Bezirk Offenbach a. M.: In Offenbach a. M. Hans Hoff.

Die Wahl der Beisitzer erfolgt durch die Mitglieder in Versammlung, die den Mitgliedern ausdrücklich mit dem Hinweis auf die stattfindende Wahl bekanntgemacht sein müssen, mittels geheimer Abstimmung durch Stimmzettel. Die Stimmzettel müssen vor der Ausgabe an die Mitglieder mit dem Stempel der Ortsverwaltung versehen werden. In den Wahlversammlungen sind sämtliche im Kreise aufgestellten Kandidaten bekanntzugeben.

Die Wahl kann nur persönlich ausgeübt werden.

Das Wählen von ausgefüllten Stimmzetteln aus der Wohnung oder dem Betriebe ist unzulässig und sind solche Stimmen ungültig.

Die Mitglieder, für deren Ort keine Verwaltungsstelle besteht, wählen in eigenen Wahlversammlungen. Das Resultat der Wahl ist der Verwaltungsstelle mitzuteilen, der die Mitglieder angeschlossen sind. Sind nur ein oder zwei Mitglieder am Ort, so können die Stimmzettel im geschlossenen Briefumschlag an die betreffende Ortsverwaltung eingeschickt werden.

In den größeren Verwaltungsstellen kann durch Beschluss die Wahl der Delegierten in Bezirksversammlungen an einem bestimmten Tage und zur gleichen Stunde in den von der Ortsverwaltung genügend bekanntgemachten Wahllokalen vorgenommen werden.

Betriebe gelten nicht als Wahllokale und müssen die Wahlen unter Aufsicht einer aus je drei Mitgliedern bestehenden Wahlleitung überwacht werden. Der Wähler legitimiert sich durch seinen Mitgliedsausweis oder eine vom Kassierer ausgefertigte Legitimation. Der Name des wählenden Mitgliedes ist in eine Liste einzutragen und muß die Zahl der abgegebenen Stimmzettel mit der Anzahl der Wähler übereinstimmen. In das Mitgliedsbuch ist ein Vermerk der erfolgten Wahl zu machen.

Die Mitglieder, welche fünf Wochen mit ihren Beiträgen rückständig sind, können nicht wählen noch gewählt werden.

Einmalige sich notwendig machende Nachwahlen finden in der Woche vom 28. Juni bis zum 3. Juli statt.

Wir bitten um genaue Beachtung dieser Verhaltungsregeln und um Einhaltung der Termine.

Der Hauptvorstand.
J. A. P. Blum.

Volksentscheid am 20. Juni.

Durch Verordnung des Reichsministers des Innern vom 17. Mai wird die Abstimmung über den Volksentscheid am Sonntag, dem 20. Juni stattfinden. Das Volk hat zu entscheiden, ob der vom Reichstag abgelehnte Gesetzesentwurf zur Enteignung der fürstlichen Vermögen Gesetz werden soll. Ein Stimmzettel enthält die Fragen Ja und Nein. Unter jeder befindet sich ein Kreuz. Der Abstimmende hat in einer der beiden Kreise ein Kreuz zu machen. Wer für die Enteignung der Fürsten ist, muß den Kreis unter Ja durchkreuzen.

Die Listen der Stimmberechtigten sind vom 6. bis einschließlich 13. Juni auszulegen, die Gemeinden haben indes das Recht, schon früher damit zu beginnen.

Angesichts der Vorbereitungen, die von den Rechtsparteien getroffen wurden, um die Republik zu stürzen und die Herrschaft der Monarchisten resp. der Volksausbeuter wieder unbefristet herzustellen und alle freirechtlichen Erwerbseigenschaften dem Volke wieder restlos zu entreißen, muß alles aufgegeben werden, um die Enteignung der Fürsten durchzusetzen.

Befragt man den ehemaligen Fürsten die begehrten großen Vermögen, so bedeutet das nichts anderes, als man gibt ihnen die Waffen zur Vernichtung der Republik und der Volksschick. Das deutsche Volk wird hoffentlich diesmal erkennen, um was es geht. Die erst vor kurzem aufgedeckten Diktaturabsichten mit der Errichtung von Standgerichten, die über jeden Mißliebigen oder Denunzierten die Todesstrafe verhängen sollten, sind Warnungszeichen, die nicht übersehen werden können.

Zunächst muß dafür gesorgt werden, daß auch die Mittel beschafft werden, die zur Durchführung des Volksentscheides erforderlich sind. Es ergeht deshalb an alle Mitglieder die Aufforderung, nach besten Kräften dazu beizutragen, daß die Mittel so bald wie irgendmöglich aufgebracht werden.

Der Generalstreik in England ist offiziell für beendet erklärt worden. Der Vorstand des ADGB. erklärt an die Gewerkschaftsmitglieder die Aufforderung, die Sammlungen zur Unterstützung der englischen Gewerkschaften abzuschließen und die eingegangenen Gelder an die Bundeskasse des ADGB. einzuliefern, von wo sie an den IGB. in Amsterdam abgeliefert werden.

Die Sünden der Unternehmer an der schlechten Wirtschaftsführung.

Schon vor Jahr und Tag ist darauf hingewiesen worden, welche ungeheure Belastung der deutschen Wirtschaft durch den Verwaltungsapparat der Industrie durch die vielen Direktoren, Geschäftsführer, Ingenieure, Aufsichtsräte, Werkmeister usw. aufgeschuldet wurde. Im Vorwärts Nr. 233 vom 20. Mai wird nun auf Grund von Unterlagen, die von der Wirtschaftspolitischen Abteilung des Deutschen Gewerkschafterverbandes beschafft wurden, in diese Zustände etwas eingehender hineingesehen. Es heißt da:

Der Leitungsapparat der Aktiengesellschaften. Die Leitung unserer rund 18 000 deutschen Aktiengesellschaften setzt sich aus bezahlten und ehrenamtlichen Personen zusammen. Der Vorstand (Direktion) erscheint neuerdings recht häufig durch stellvertretende Vorstandsmitglieder (stellvertretende Direktoren) und zahlreiche Proturisten — die zum Teil scheidtun Titelproturisten sind — wesentlich vergrößert. Die zahlenmäßige Ausdehnung entspricht aber zumeist nicht einer gleich breiten Verteilung der Entscheidungsbefugnisse. Die ehrenamtliche Leitung der Aktiengesellschaft verkörpert sich im Aufsichtsrat, der von den Aktionären gewählt wird. Ueber die Veränderung der Großverhältnisse der Aufsichtsräte gab es bisher geteilte Meinungen. Es wurde im besonderen darauf hingewiesen, daß allein schon durch die riesenhafte Vermehrung der Aktiengesellschaften ein zahlenmäßiges Anschwellen der Aufsichtsräte eingetreten sei.

Die nachfolgenden Untersuchungsergebnisse geben auf die Frage der Veränderung des Leitungsapparates der Aktiengesellschaften einige Antwort.

Von der Untersuchung wurden 604 der 890 Aktiengesellschaften erfaßt, die an der Berliner Börse gehandelt wurden. Diese 604 Aktiengesellschaften umfassen insgesamt ein Aktienkapital von 5188,0 Millionen Mark. Die nicht mitunterlegten Gesellschaften sind zum größeren Teile erst nach 1913 gegründet, sie konnten deswegen in den Vergleich nicht miteinbezogen werden. Ein kleiner Teil der nicht erfaßten Aktiengesellschaften veröffentlicht keine genaueren Angaben. Dies gilt im besonderen für die Lantien, auf die weiter unten im Zusammenhang noch zurückzukommen werden soll.

Die Zahl der Direktoren. Aus den erwähnten sachlichen, aber auch aus statistischen Gründen mußten bei

der Feststellung der Zahl der Vorstands- (Direktions-) Mitglieder die stellvertretenden Mitglieder dieser Institution weggelassen werden, obwohl gerade hier — wie für Einzelfälle mögliche Feststellungen ergaben — die Zahlen ein auffällig starkes Wachstum zeigten.

Was ergab nun trotz jener Einschränkungen die Untersuchung?

Bei den nachprüfbaren 604 Aktiengesellschaften waren im Jahre 1913 insgesamt 1329 ordentliche Vorstandsmitglieder, also eigentlich leitende Personen beschäftigt. Ihre Zahl ist bis 1925 auf 1828 leitende Betriebspersonen gestiegen.

Ganze 88 Gesellschaften haben im Jahre 1925 ihren Direktorenbestand gegenüber 1913 vermindert, und zwar um 135 Personen. Das trifft zuerst Schiffahrts-Gesellschaften und Banken. Dafür ist die Zahl der Vorstandsmitglieder bei den übrigen Gesellschaften um 634, also nahezu um fünfzig Prozent angewachsen.

Zur Erklärung dieser ungeheuerlichen Steigerung könnte gesagt werden, daß heute die Aktiengesellschaften einen viel größeren Wirkungsbereich haben als früher. Dem ist aber entgegenzuhalten, daß die deutsche Wirtschaft im ganzen in ihrer Produktion über Vorkriegeshöhe noch nicht wieder hinausgekommen ist, daß also der vergrößerte Leitungsapparat im Preise der Produkte heute einen höheren Lastenanteil darstellt als früher. Dies würde, wie schon erwähnt, noch auffälliger, wenn auch diejenigen leitenden Personen, die häufig nur aus formalen Gründen als stellvertretende Vorstandsmitglieder bezeichnet werden, von der Statistik mit hätten erfaßt werden können. Auf jeden Fall bleibt richtig, daß von einem Direktorenabbau im Jahre 1925 nicht gesprochen werden kann.

Die Aufsichtsräte. Die Funktionen der Aufsichtsräte haben sich während der jüngst vergangenen zehn Jahre ganz wesentlich verändert. Der Aufsichtsrat ist heute der wesentlichste Träger der sogenannten Konzernbildung. Häufig genug bestehen die „Konzerne“ ja nur aus zusammengekauften Aktienpaketen, ohne daß damit eine sachliche oder organische Produktionsverbindung zustande gekommen wäre. Die Zusammenfassung der Aufsichtsräte ist viel häufiger, als gemeinhin angenommen wird, ein Hindernis der Umkehr der Finanz- und Spekulationskapitalistischen zu produktionskapitalistischen Arbeitsmethoden.

Aber nicht nur die Funktion des Aufsichtsrates hat sich verändert — was einer besonderen Untersuchung vorbehalten werden muß —, auch ihre Zahl und nicht zuletzt ihr, lagen wir einmal beruflicher Charakter hat sich erheblich verändert.

Bei den erfaßten 604 Aktiengesellschaften betrug die Zahl der Aufsichtsräte im Jahre 1913 insgesamt 3985. In 83 Gesellschaften hat sich seither deren Zahl um 140 vermindert. Im übrigen hat aber die Zahl der Aufsichtsräte um 1742 Personen zugenommen, so daß für die 604 verglichenen Gesellschaften sich heute 5587 Aufsichtsräte ergeben. Die Zahl der Aufsichtsräte ist also um rund 45 Prozent gestiegen!

Die Kosten der Aufsichtsräte.

Vor dem Kriege hatten wir in der Lantiensteuer einermachen einen Anhalt für diesen Teil der Leitungskosten. Das hat sich seither grundlegend geändert. Zugleich ist es üblich geworden, an Stelle der Lantienste, die aus dem Reingewinn gezahlt wurde, eine feste Grundvergütung zu zahlen, die ohne Rücksicht darauf, ob ein Reingewinn ausgewiesen wird oder nicht, von der Aktiengesellschaft zu leisten ist. Dazu tritt dann bei Dividendenauszahlung eine weitere Lantienste — meist von dem nach 4 Proz. Dividende verbleibenden Reingewinn 10 Proz. Außerdem ist es häufig üblich, neben der festen Lantienste noch die Unkosten, die aus den Sitzungen erwachsen, getrennt zu zahlen.

Ueber die Art der Lantienstebezüge der erwähnten 604 Aktiengesellschaften haben die Gesellschaftsverträge statistisch verwertbare Auskunft. Eine Zusammenstellung konnte naturgemäß nur für die festen Bezüge erfolgen. Die festen Bezüge der 5587 Aufsichtsräte betragen im Jahre 1925 rund 10,4 Millionen Mark. Von den 604 Gesellschaften, die die festen Bezüge auswarfen, zahlten 1925 insgesamt 286 keine Dividende!

Eelder mußten im besonderen große chemische Betriebe und eine ganze Anzahl schwerindustrieller Unternehmungen aus der Untersuchung ausgeschlossen werden, weil sie entweder ihre Lantienste überhaupt nicht veröffentlichten oder in ihrem Gesellschaftsvertrag die Zustimmung ausgenommen haben, daß jeweils die Generalversammlung die Lantienste festsetzt.

Das Entscheidende scheint uns zu sein, daß heute der Aufsichtsrat eine Art Beamtenqualität — höheres Einkommen — erhalten hat. Er ist nicht mehr „ehrenamtlich“ tätig und er ist nicht mehr vom guten Jahresabschluss der von ihm zu beaufsichtigenden Unternehmen und seiner Lantienste abhängig. Das feste Einkommen des Aufsichtsrats liegt in der Regel zwischen 1000 und 2000 Mk., es steigt aber auch ganz erheblich darüber hinaus.

In der Sicherung eines Lantiemo-Einkommenanteiles zeigt sich die veränderte Funktion des Aufsichtsrats. Er sieht sich heute gegenüber dem Aktionär, d. h. gegenüber dem unabhängigen Aktionär, als „Wersangsbewerber“. Dieser ist diese Veränderung der Funktion nicht eine Ursache, sondern nur ein Symptom, aber nach unserer Auffassung eines, mittels dessen sich doch in gewissem Umfang eine Diagnose stellen läßt.

Die Stellung des Aufsichtsrats zur Dividende und damit auch zur Bilanzierung ist heute eine andere als ehemals. Sicher geht Kapital vor Rente, und derjenige, der die Betriebserhaltung vor die Interessen des dividendenhungrigen, irgendwoher herangekehrten Aktionärs stellt, verdient nicht ohne weiteres Kritik, dennach sollte die Bedeutung jener Veränderungen nicht zu gering eingeschätzt werden. Begleitendes liegt sie doch in einer Linie nicht nur mit der Kritik am Aktienrecht, sondern auch mit der Wachstumspolitik in der Wirtschaft.

Es ist so bekannt, daß es kaum noch jemand kümmert, daß heute die Vertiefung von Aktienstimmern an Majoritäten, ja, sogar an die Verwaltungen der Gesellschaften bei den Banken üblich geworden ist. Es ist auch schon vorgekommen, daß sogar dazu juristisch bindende Abmachungen zwischen Verwaltungen und Banken getroffen worden sind!

Wollte es nicht möglich sein, überflüssige Leistungskosten dadurch zu erfassen, daß eben die Zahl der Aufsichtsräte mit dem Aktienkapital in Beziehung gesetzt würde?

In das gleiche Kapitel fällt auch die andere Frage, ob es dabei bleiben soll — wie es jetzt üblich ist —, daß durch die Bildung besonderer Ausschüsse der Betriebsrat im Aufsichtsrat zur üblichen Bedeutungslosigkeit herabgedrückt wird.

Warum kümmert sich nicht der Reichsverband der deutschen Industrie gelegentlich um die Aufsichtsratsfragen? Es wäre auch für das Statistische Reichsamt eine dankenswerte Aufgabe, mit Hilfe seines umfangreichen Apparats offizielle Untersuchungen darüber anzustellen, wie sich zahlenmäßig die Zahl der Leistungspersonen in den einzelnen Industrien verändert hat. Hierbei wird die Wirtschaftsentwickler kaum an dem Kapitel der Leistungsunkosten vorbeigehen können.

Soweit berichtet der Vorwärts und man wird zugeben, daß er ziemlich lange gebraucht hat, um einmal eingehender auf diese Zustände einzugehen, die schon längst im Berliner Tageblatt Gegenstand der Kritik gewesen sind.

Aber nicht nur in der Industrie, auch in der Landwirtschaft wird ein ungeheurer unproduktiver Ballast mitgeschleppt, wie folgender Fall beweist, dem wir dem Präsidium des Deutschen Landarbeitersverbandes entnehmen:

„Die landwirtschaftlichen Unternehmer klagen über die fast unersetzliche finanzielle Belastung ihrer Betriebe. Das in der Tat vielfach eine solche Überlastung, allerdings meist durch Verschulden der Besitzer selber, besteht, beweist eine Freistellung, die auf dem Wege z. B. im Straßer Goldberg-Spagnau in Schiefen gemacht werden konnte.“

Auf dem Gute sind an landwirtschaftlichen Arbeitern beschäftigt: Drei Deputationsfamilien mit zwei Hofsoldnern gleich acht Personen, zwei Freiarbeiterinnen und drei ledige Kurischen, zusammen also 13 Personen.

Dieser 13 Personen stehen gegenüber: Weibler, Frau und zwei Kinder gleich vier Personen, eine Kinderwärterin, eine Stütze der Hausfrau, eine Stütze der Köchin, ein Wirtschaftler, ein Aufseher und eine Küchenmagd, zusammen also zehn Personen.

Was nun das für eine Summe sein, die 13 Landarbeiter dem Weibler zu verdienen haben, damit er und seine ihm neun andere Personen leben können. Wenn die Summe trotzdem zusammenkommt, ist das ein Beweis dafür, daß an den Landarbeitern entgegen allen anderen Beschäftigten riesig viel verdient wird, und daß gar keine Verarmung vorliegt, auch nur im geringsten von einer Not der landwirtschaftlichen Unternehmer zu sprechen.“

Dieser Fall steht natürlich nicht vereinzelt da und es wäre bringen notwendig, einmal Umchau zu halten, wie es in dieser Hinsicht eigentlich aussieht. Freilich, solange die ländlichen Arbeiter sich nicht selbst um diese Zustände kümmern und sie aufdecken, werden die Agrarier nicht aufhören, über die Not der Landwirtschaft zu jammern.

Reichsstariftarifsatzung für die Treibriemenindustrie.

Die Sitzung, die am 14. Mai stattfand, war notwendig geworden durch die Differenzen, die hinsichtlich der Auslegung des Ferienparagrafen verschiedentlich gemeldet wurden. Jedoch nach stundenlangem Verhandlung konnte eine einheitliche Auffassung in der Auslegung nicht erzielt werden. Das Tarifamt, das nunmehr dazu Stellung nahm, bestimmte, daß die Angelegenheit bis zur nächsten Sitzung vorliegt werden soll, weil auch den Arbeitgeber die seinerzeit bei Schaffung des Reichstariftarifsatzung zugehen waren, Gelegenheit gegeben werden soll, ihren Standpunkt in der Sache darzulegen. Obwohl wir uns dagegen wandten, wurde die Angelegenheit vertagt. Unter Punkt 4: „Urlaubsbezahlung bei dauernd verletzter Arbeitszeit“ steht das Tarifamt mit Rücksicht auf die klare Fassung des § 5 des Vertragsgesetzes am Standpunkt, daß — wenn die Ferien in die Zeit der verletzten Arbeitszeit hineinfallen, eine Lohnfortzahlung nicht eintreten kann, sondern die Zahlung nach Zugrundelegung der 48 stündigen Wochenarbeitszeit zu erfolgen hat.

Der 5. Punkt: „Bezahlung der Stunden an Vorarbeiten vor Ostern, Pfingsten, Weihnachten“, wurde in Form einer Anfrage gestellt, jedoch nicht entschieden, weil ein positiver Fall nicht vorlag. Die nächste Sitzung des Reichsstariftariftamtes soll voraussichtlich anfangs Juni stattfinden. Wir werden darüber berichten. — f. z. —

Gewerkschaften und Volk.

Im ersten Heft der „Arbeit“ 1926 veröffentlichte Th. Weipart unter obiger Überschrift einen Artikel, der verdient, in weiten Kreisen beachtet zu werden. Belehrt er doch deutlich und zusammenfassend, was auch wir schon hundertfach über die Kulturarbeit der Gewerkschaften geschrieben und berichtet haben. Weipart ist Verfasser des DFBZ und Nachfolger von Karl Legien, der am 26. Dezember 1920 durch den Tod von diesem Posten hinweggerufen wurde. Es ehrt Weipart, daß er die gewerkschaftlichen Verhältnisse, die Legien im Laufe der Jahre als Führer der deutschen Gewerkschaften geprägt hat, wieder ins Gedächtnis der Mitwelt rufen, wie er dadurch den toten Führer ehrt. Weipart führt aus:

„So wie jeder von uns, hat auch Legien die größte Bedeutung der Gewerkschaften zunächst darin gesehen, daß sie eine Schule der Weisheit und der Aufklärung für die Arbeiter darstellen.“

In seiner Eröffnungsrede auf dem ersten Kongress der Gewerkschaften Deutschlands zu Halberstadt im Jahre 1892 erklärte Legien, daß die Gewerkschaften nicht die Lösung der sozialen Fragen herbeiführen werden, daß sie zurzeit aber wesentlich die Emanzipationsbestrebungen der Arbeiterklasse unterstützen können. Gleich den Plonierern haben die Gewerkschaften den Boden zu ebnen für eine höhere geistige Aufklärung und durch Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen die Arbeiterklasse vor Verelendung und Verarmung zu bewahren, um so die Massen der Arbeiter zu befähigen, die gesellschaftliche Aufgabe, welche dem Arbeiterstand zukommt, zu erfüllen.

Noch schärfer betonte er den erzieherischen Charakter der Gewerkschaften in einem Aufsatz, den das Sozialpolitische Zentralblatt nach dem Halberstädter Kongress aus seiner Feder veröffentlichte. Darin führte Legien aus: Die gewerkschaftlichen Organisationen sind gleichsam als eine Schule der Arbeiter zu betrachten, und jede Stärkung der Organisation muß diese erzieherische Wirksamkeit erhöhen.

Der Lohnkampf aber erzeugt und stützt die Eigenschaften, welche dem Arbeiter eigen sein müssen, um ihn zu befähigen, eine Umgestaltung des heutigen Produktionsprozesses herbeiführen zu können. So werden die Gewerkschaftsorganisationen, die aufschneidend nur zu dem Zweck gebildet worden sind, um dem Arbeiter bessere Existenzbedingungen zu verschaffen, gleichzeitig zu einer Schule und Bildungsstätte des Proletariats.

Hier spricht Legien also bereits von einem dreifachen Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen: Dem Kampf um bessere Existenzbedingungen, der Hebung des Bildungsniveaus der Arbeiter und der Umgestaltung der kapitalistischen Produktionswirtschaft. Den Hauptwert legt er aber auch weiterhin auf die geistige Bildung, als der ersten Voraussetzung für den Aufstieg der Arbeiterklasse, und er hat den festen Glauben, daß diese erzieherische Tätigkeit der Gewerkschaften sehr bald zu einem dauernden Erfolg führen werde. Das geht z. B. deutlich aus folgendem Satz hervor, der sich in einem Aufsatz von Legien im „Sozialpolitischen Zentralblatt“ vom Jahre 1893 befindet: „Die Schule, welche die Arbeiter in den Gewerkschaften durchmachen, trägt dazu bei, daß ihr geistiger Horizont erweitert wird, und die Hoffnung erscheint berechtigt, daß die Arbeiterklasse bald die Kraft gewinnen wird, sich eine gleichberechtigte Stellung in der Gesellschaft nicht nur theoretisch, wie dies schon geschehen, sondern auch praktisch zu erkämpfen.“

Hiermit ist zugleich der Hauptzweck der Arbeiterbildung deutlich gekennzeichnet. Die Stellung der Arbeiter in der Gesellschaft soll gehoben werden, sie sollen sich durch die Gewerkschaften die gleichberechtigte Stellung in der Gesellschaft erkämpfen. Aber die Gewerkschaften denken hierbei nicht nur an das Interesse der Arbeiter allein, sondern an das allgemeine Volksinteresse, an die Zukunft des deutschen Volkes.

In der Broschüre über das Koalitionsrecht der deutschen Arbeiter, die Legien 1899 im Auftrage der Generalkommission der Gewerkschaften gegen die damaligen Angriffe auf das Koalitionsrecht veröffentlichte, schrieb er unter anderem: „Die gewerkschaftlichen Organisationen dienen der Kultur nicht nur dadurch, daß sie die Lebenshaltung und damit die Bildung der Arbeiterklasse erhöhen, sondern sie wirken auch direkt günstig auf den Geist der Arbeiter ein. Sie erziehen sie zur Solidarität, und wie die bestehenden Klassen in ausgeprägtem Selbst- und Standesbewußtsein geistiges Fortschrittsstreben entwickeln, so erhebt sich die vom Solidaritätsgefühl getragene Arbeiterklasse über den Standpunkt des trübseligen, tierischen Egoismus, der stets gleichbedeutend mit unzureichender Bildung, wenn auch nicht des Wissens ist.“

Mit all diesen Versicherungen drückt Legien bereits die Bedeutung der Gewerkschaften nicht nur für die Arbeiterklasse selbst, sondern auch für die Wirtschaft und für das Volksganze, d. h. also für den Staat aus.

Welchen Nutzen bringen die Gewerkschaften der Wirtschaft und dem Staate? Legien schrieb darüber in der „Neuen Zeit“ im Jahre 1898: „Zum nicht geringen Teile ist der gewaltige Aufschwung der deutschen Industrie der Intelligenz der deutschen Arbeiterklasse zu danken, einer Intelligenz, welche diese nicht durch den Schulunterricht, sondern durch Teilnahme am öffentlichen und politischen Leben sowie in der Schule der Organisation sich erworben hat.“

Später hat er dann in einem Aufsatz aus dem Jahre 1900 sich über das Endziel der gewerkschaftlichen Bewegung geäußert, als welches er die Demokratisierung der Produktion bezeichnet. Er führte an dieser Stelle aus, daß von der Erhöhung der Löhne und der Verkürzung der Arbeitszeit und deren Folgen für die physischen und geistigen Kräfte der Arbeiterklasse die Erreichung des amielten Zieles oder, wenn man wollte, des Endzieles der gewerkschaftlichen Bewegung abhängig sei. Und er fügte hinzu: „Ob dieses Ziel, die Demokratisierung der Produktion, ausschließlich durch die politische Bewegung erreicht werden wird, oder ob die Gewerkschaften hieran in entscheidendem Maße teilnehmen werden, mag dahingestellt bleiben. Tatsache ist, daß die Gewerkschaften heute schon nach dieser Richtung hin erfolgreich tätig sind. So wenig wie im Staatsleben der Sprung vom östlichen Absolutismus

Ferientarife für die Arbeiterklasse.

Neben einer Reihe von Ferienreisen, für die das Programm bereits vor einiger Zeit erlassen ist, veranstaltet der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit eine Anzahl von Ferientarifen. Die zur Behandlung vorliegenden Themen sind für alle in der Arbeiterbewegung tätigen Genossen von großer Bedeutung und bieten Gelegenheit, zu den wichtigsten aktuellen Fragen Stellung zu nehmen. Die Kurse haben unter der Leitung bewährter Dozenten, die zugleich gute Pädagogen sind, so daß sie mit den Hörern im engsten Gemeinschaftsleben die Summe ihrer Erfahrungen und ihres Wissens austauschen können. Die Kurse finden in schön gelegenen Geo- oder Obergartenanlagen statt, die den Teilnehmern die Möglichkeit zur körperlichen Erholung und Entspannung bieten. Die Hörer werden in geeigneten Heimstätten zu außerordentlich billigen Preisen untergebracht und verpflichtet, die Kurse sind bei jedem einzelnen der nachfolgenden verschiedenen Kurse angeben. Außerdem ist eine Teilnehmergebühr von 5 Mk. zu zahlen.

Die Bewerbungen für die Teilnahme an den Kursen sind an den Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin SW. 68, Lindenstraße 3, zu richten. Von diesem ist auch ein ausführliches Programm der Kurse, das die näheren Bedingungen für die Teilnahme enthält, gegen Einsendung von 10 Pf. in Briefmarken zu erhalten.

1. Bezirk Berlin-Brandenburg. Thema: Der Marginalwert in der Gegenwart. Leiter: Karl Schröder. Ort: Frolenwalde a. d. D. Obergiermühle. Zeit: 28. Juni bis 3. Juli. Unterkunft- und Verpflegungskosten: 3,50 Mk. pro Tag.

2. Bezirk Magdeburg-Anhalt. Thema: Massenpsychologie und Arbeiterbewegung. Leiter: Richard Wolff. Ort: Gewerkschaftshaus „Konopel“, Bernsdorfer im Haag. Zeit:

5. bis 11. September. Unterkunft- und Verpflegungskosten: 5 Mk. pro Tag.

3. Bezirk Groß-Thüringen. Thema: Amerikanismus in der heutigen Wirtschaft. Leiter: Richard Wolff. Ort: Naturkurort im Friedberg (Thüringen). Zeit: 12. bis 21. August. Unterkunft- und Verpflegungskosten: 4 Mk. pro Tag.

4. Bezirk Schleswig-Holstein. Thema: Marx' ökonomische Lehren. Leiter: Christian Döring. Ort: Sandesjügendheim Eismar an der Düstee (Holstein). Zeit: 1. bis 7. August. Unterkunft- und Verpflegungskosten: 2,50 Mk. pro Tag.

5. Bezirk Hannover (1. Kurstag). Thema: die sozialen und geistigen Strömungen in Deutschland im 19. und 20. Jahrhundert. Leiter: Karl Schröder. Ort: Hotel Kurhaus, Bad Grund (Harg). Zeit: 16. bis 22. Mai. Unterkunft- und Verpflegungskosten: 4,50 Mk. pro Tag.

6. Bezirk Hannover (2. Kurstag). Thema: Einführung in die Volkswirtschaft. Leiter: Christian Döring. Ort: Soltan in der Lüneburger Heide. Zeit: 15. bis 21. August. Unterkunft- und Verpflegungskosten: 3,50 Mk. pro Tag.

7. Bezirk westliches Westfalen. Thema: Das Deutsche Reich, seine Verfassung und seine Parteien. Leiter: Albert Rudolph. Ort: Burg Altena i. W. Zeit: 6. bis 12. Juni. Unterkunft- und Verpflegungskosten: 3,50 Mk. pro Tag.

8. und 9. Bezirk Hessen-Nassau. (Zwei aufeinanderfolgende Kurse) Thema: Enttarnungsfakten des Wirtschaftslebens. Leiter: Christian Döring. Ort: Emmershäuser Mühle (Taunus). Kurse bereits abgehalten.

10. Bezirk Franken. Thema: Einführung in die Staatstehre. Leiter: Walter Fabian. Ort: Wolfshaus in Bichtelgrün (Rheingebirge). Zeit: 15. bis 21. August. Unterkunft- und Verpflegungskosten: 3 Mk. pro Tag.

11. Bezirk Dresden. Thema: Der Marginalwert in der Gegenwart. Leiter: Karl Schröder. Ort: Naturfreund-

haus Birckstein, Schönau a. d. Elbe (Sächsische Schweiz). Zeit: 20. bis 26. Juni. Unterkunft- und Verpflegungskosten: 3 Mk. pro Tag.

12. Bezirk Leipzig. Thema: Der Sozialismus in Vergangenheit und Gegenwart. Leiter: Alexander Stein. Ort: „Schweizerhaus“ in Rochlitz an der Mulde. Zeit: 22. bis 29. Mai. Unterkunft- und Verpflegungskosten: 3 Mk. pro Tag.

13. Bezirk Chemnitz. Thema: Probleme der Finanzpolitik. Leiter: Walter Boeh. Ort: wird noch bekannt gegeben. Zeit: 5. bis 11. September. Unterkunft- und Verpflegungskosten werden noch bekanntgegeben.

14. Bezirk Amdorf. Thema: Der geistige Klassenkampf. Leiter: Josef Antipod Stern (Wien). Ort: Schloss Wollau im Boglitz. Zeit: 24. bis 31. Juli. Verpflegungskosten: Etwa 2 Mk. pro Tag. Hierzu kommt noch ein geringer Zuschlag für Unterkunft.

15. Bezirk Hessen. Thema: Sozialistische Bildung. Leiter: Walter Fabian. Ort: Jugendheim Neumühle bei Pflegschaften: 3 Mk. pro Tag.

Außer den obigen vom Reichsausschuß organisierten Kursen veranstaltet der Bezirk Hamburg-Nordwest folgende zwei Kurse, zu denen auch Teilnehmer aus anderen Bezirken zugelassen werden.

Erster Kurstag. Thema: Probleme der auswärtigen Politik. Leiter: Gerhard Seger. Ort: Jugendferienheim Buan Rent, Gyll (Nordsee). Zeit: 20. bis 26. Juni. Teilnehmerpreis: 40 Mk. einschließlich Unterkunft, Verpflegung, Fahrt von Hamburg nach Gyll und zurück nach Hamburg.

Zweiter Kurstag. Thema: Einführung in die Politik. Leiter: Prof. E. Hölling. Ort: Bad Stein a. d. Dümme. Zeit: 28. September bis 2. Oktober. Teilnehmerpreis: 45 Mk. einschließlich Unterkunft, Verpflegung, Fahrt von Hamburg nach Bad Stein und zurück.

UNSERE JUGEND

Sei stark, und bist du's nicht, durch Übung wirst du's,
die Leib und Seele kräftiget und stählt.
Ein leichtes Gewicht hebst du am ersten Tage,
am zweiten nimm ein schwereres — du tröstest es;
und fort und fort herrst in Gebuld du aus,
so wirst du allgemach derart erstarret sein,
des Schwertes zu bewältigen ohne Mühe.
Bermag's der Leib, so kann es auch die Seele;
versuch es einen Tag und dann am zweiten:
ausdauernd stürzt sich keines Willens Richtung
und auf gebahntem Pfade geht du gern.
Gewohnheit ist es, die vom Anbeginn
zu Gutem führt oder zum Verderben.

Soll dir frommen ein Schlag, das merke,
führ ihn gleich mit entscheidender Stärke!
Nur nichts Halbtes, wo dir bemuht,
daß du das Ganze vertreten mußt!

Geibel.

Man soll die Gerechtigkeit höher achten als das größte
Mittel der Erde. Gesundheit, Fröhlichkeit, die Liebe
anderer, Ueberfluß, ja selbst das Leben hängt nicht immer
von uns ab. Gerechtigkeit ist das einzige, was uns gehört,
was wir in unserer Gewalt haben, was uns kein Zufall,
keine Macht, ja selbst der Tod mit dem Leben nicht
rauben kann.

Man soll die Gerechtigkeit höher achten als das größte
Mittel der Erde. Gesundheit, Fröhlichkeit, die Liebe
anderer, Ueberfluß, ja selbst das Leben hängt nicht immer
von uns ab. Gerechtigkeit ist das einzige, was uns gehört,
was wir in unserer Gewalt haben, was uns kein Zufall,
keine Macht, ja selbst der Tod mit dem Leben nicht
rauben kann.

Man soll die Gerechtigkeit höher achten als das größte
Mittel der Erde. Gesundheit, Fröhlichkeit, die Liebe
anderer, Ueberfluß, ja selbst das Leben hängt nicht immer
von uns ab. Gerechtigkeit ist das einzige, was uns gehört,
was wir in unserer Gewalt haben, was uns kein Zufall,
keine Macht, ja selbst der Tod mit dem Leben nicht
rauben kann.

Mut haben!

Was Mut haben heißt, hat uns der große, unvergeßliche
Jean Saurès mit folgenden knappen, aber trefflichen
Worten erklärt:

Mut haben heißt, seinen Willen nicht dem Zufall der
Augenblicke überlassen und der Kräfte auszuliefern; heißt in
den unermüdlichen Stunden der Müdigkeit den Willen
zur Arbeit und zur Tat bewahren.

Mut haben heißt, in der grenzenlosen Unordnung des
Gesellschaftslebens irgendeinen Beruf wählen und darin
ständig werden; heißt die Abneigung überwinden, in die
Heinlich und eintönig scheinenden Einzelheiten einer Sache
einzubringen. Mut haben heißt, so gut man kann, voll-
kommen tüchtig in seinem Berufe werden; heißt jenes
Gezetz der Arbeitsgiltigkeit verstehen und sich ihm unter-
werfen, das die Vorbedingung nächsten Luns ist. Mut
haben heißt, bei alledem noch Zeit finden, seinen Blick,
seinen Geist über den Beruf hinaus auf die weite Welt zu
richten und von einer höheren Warte auch ein aus-
gebehrteres Reich zu betrachten. Mut haben heißt, welchen
Beruf auch immer man treibe, zugleich ein Praktiker und
Philosoph zu sein.

Mut haben heißt, sein eigenes Leben zu begreifen,
sensen und vertiefen; heißt aufrechterstehen und trotzdem sein
Leben in Einklang bringen mit dem großen Ganzen alles
Lebens.

Mut haben heißt, die neuen Bedingungen beachten,
die das Leben für Wissenschaft und Kunst schafft; heißt die
fast unendliche Verwickelung der Tatsachen und Einzel-
heiten der gesellschaftlichen Wirklichkeit erforschen und er-
fassen. Mut haben heißt, diese ungeheure, verworrene

Wirklichkeit mit großen Ideen durchleuchten, sie organi-
sieren und erhöhen durch die erhabene Schönheit ihrer
Formen und unter Beobachtung ihrer gleichmäßigen Be-
wegungen.

Mut haben heißt, seine eigenen Fehler einsehen, an
ihnen leiden, sie meistern, sich von ihnen nicht übermächtigen
lassen, vielmehr seinen Weg weitergehen.

Mut haben heißt, das Leben lieben und dem Tode
mit Ruhe ins Auge schauen; heißt tätig sein, sich großen
Zielen widmen, ohne zu wissen, welcher Lohn unserem
Streben im Leben, unergründlichen Weltall bereitet sein
wird.

Mut haben heißt, die Wahrheit suchen und sich sagen,
sich nicht dem vorübergehenden Geleze der triumphierenden
Lüge unterwerfen, unsere Seele, unseren Mund und unsere
Hände nicht zum Wiederhall des einfältigen Beifalles und
des fanatischen Lobes maden.

Es stände in der gelamten deutschen Arbeiter-
bewegung in dieser ernsten und schweren Zeit sicher besser
um uns, wenn Führer und Masse sich die Worte des
großen Franzosen zum Leitmotiv nehmen würden, statt
gegenseitig im wenig erbaulichen Hausstreit und Bruder-
zwist ihre Kräfte nutzlos aufzureiben.

Herz ohne Kopf läuft wohl geschwind,
doch auf dem Weg verirrt sich's blind, —
Kopf ohne Herz hat lahar Gefühl,
doch lahme Beine taugen nicht, —
wüßt du das Ziel errungen sein,
muß Kopf und Herz zusammengeh'n!

Geibel.

In einigen Verwaltungsstellen ist diese Hinsicht wahr-
heit leider nicht allgemein erkannt worden. Man hat sogar
herbe Kritik am Verbandstag und seinen Beschlüssen in der
Beitragsfrage geübt. Und auffallender Weise befanden
sich darunter Orte, die in hervorragender Weise die Ver-
bandsmittel in Anspruch nehmen müssen, die also nach
unseren Begriffen an erster Stelle die Verpflichtung an-
erkennen müssen, nun auch dazu nach besten Kräften beizutragen,
daß der Kampf Fonds recht bald wieder auf die
Höhe gebracht wird. Leider ist das nicht immer und
überall zu bemerken, ja es gibt Verwaltungsstellen, die
geraume Zeit allen anderen darin voraus waren, daß sie
gute Konjunkturfonds hatten und sehr gut verdienten. Troz-
dem waren sie im Punkte Beitragsgaben sehr wenig opfer-
freudig, und suchten dies mit den sonderbarsten Argu-
menten zu begründen. Man hatte da oft den Eindruck
widerwärtiger Heuchelei, Hinterhältigkeit und auch feiger
Rechnungsträgererei auch seitens leitender Personen, die nur
ein Ziel im Auge hatten, sich die Gunst der Mitgliedschaft
zu sichern, indem sie ihrer Unlust zum angemessenen
Beitragsgeben Vorwand leisteten.

Und diese Eindrücke hat man auch jetzt wieder bei den
einzelnen Berichten über die Beschlüsse des Verbandstages.
Statt diese Beschlüsse zu begründen und zu verteidigen,
statt die Mitglieder von der Notwendigkeit zu überzeugen,
daß unsere Kampf Fonds unbedingt neugegründet werden
müssen, hat man den Mitglieder lieber ein Herzbild vom
Verbandsleistung zu stärken, hat man oft das
Gegenteil getan, man hat sie in den schwärzesten Farben
gefärbt.

Das sind widersliche Beobachtungen und zum Teil auch
Gedankenlosigkeiten, die wohl zumest auf das Konto jener
Geistesheben zu buchen sind, die aus Prinzip und ganz
systematisch höheren Wessungen folgend, alles herunter-
reißten, was die Funktionäre des Verbandes auch tun
mögen.

Und in den Mitgliedschaften selbst sieht man die Ruhe
viel zu sehr, um den Personen, die mit dem Mundwert
so gut brachten sind, energisch entgegen zu treten, obwohl
man deutlich genug erkennt, wie widersprechend ihres ganze
Haltung bei Nicht bestehen ist.

Da ist ja mancher darunter, der nach außen den An-
schein erweckt, als könnte er Berge versetzen. Solange die
Verhältnisse günstig sind, hält das auch vor. Das ändert
sich aber in dem Moment, wo die Verhältnisse ungünstig
werden, dann stellt sich bald heraus, daß die großen Worte
auch nicht weiter helfen und daß hinter den Scheinbaren
Helden auch nur der Speißbürger versteckt ist.

Leider wird durch solche Voreure die gewerkschaftliche
Ordnung und Disziplin nicht gefördert, sondern schwer ge-
schädigt.

Bekanntlich gibt es noch allzuvielen, denen das Beitrags-
gahlen im allgemeinen ein Greuel ist; wenn es sich aber
gar um Beitragsgaben handelt, die dem Verdienst wirklich
entsprechen, dann tocht ihr „Mosenkämpferscher“ Geist bis
zur Gleichgültigkeit. Diese Höhe offenbar sich aber nicht im
Drang, das Mögliche zu leisten, sondern mehr in der Rich-
tung, so billig als möglich mezzukommen, kurz gesagt, sich
so gut als möglich zu drücken.

Der Beitrag ist vielen immer zu hoch, weil ihnen der
Begriff Opfermut fremd ist, weil sie das Opfern lieber
den anderen überlassen. Den Erfolg der Gewerkschafts-
tätigkeit nehmen sie natürlich hin, als etwas ganz Selbst-
verständliches. Die guten Verdienste während der Kon-
junktur wurden selbstgütlich und schmunzelnd mit-
genommen. Sie waren oft in Versammlungen und
berauschten sich an den schönen und klaren Worten über
die Unterdrücker und die herrlichen Ziele, die in nächster
Nähe winkten.

Die Heidenpost errege auch die eigene Brust zu
Beifallsstürmen. Aber auch, es war auch nur ein vorüber-
gehender Affekt. Sie blieben Rechte ihrer Selbstsicht, die
noch im Innern wucherte, und so wurden sie auch leicht
wieder Rechte der Unternehmer, Liebediener, Ueber-

stundenchieben, Judaslöcher, in der Hoffnung, den Mit-
arbeitern gegenüber Vorzüge zu ergattern.

Das ist das Resultat verabsäumter gewerkschaftlicher
Erziehung zum wahrhaften Klassenbewußtsein und zur un-
bedingten Solidarität im Denken und Handeln, in jeder
Lebenslage, ganz gleich, ob günstig oder ungünstig.

Hier ist die wunde Stelle am Körper verschiedener
Verwaltungsstellen, die ausgeheilt werden muß. Wir
wissen, daß es genug aufrechte Mitglieder gibt, die mit
Ekel diese Mißstände betrachten, die aber nicht die
Energie aufbringen, ihnen entgegenzutreten. Deshalb muß
überall da, wo es notwendig ist, eine Art Säuberungs-
aktion in Angriff genommen werden. Es muß wieder Grund-
sachsfähigkeit, Verlaß auf Treu und Glauben, Wahrhaftig-
keit in unseren Reihen hineingetragen werden. Nur durch
ehrenhafte Mittel können wir zuverlässige Gewerkschaftler
und Klassenbewußte Freiheitskämpfer heranziehen.

Die Waffen der Lüge, Verleumdung und des Her-
unterreißens, kurz die Anwendung illegaler Methoden, die
in unsere Reihen hineingetragen wurden, haben nur
fortwährend gewirkt. Deshalb fort mit ihnen, den Kopf
hoch, bekämpft alles, was auf Lug und Trug beruht, haltet
die Ehre der Gewerkschaft rein vom unlauberen Kampf-
methoden.

Wer eine neue Gewerkschafts- und Wirtschaftsordnung
aufrichten will, muß sauber sein in jeder Hinsicht. Wir
haben Übergang an den bösen Beispielen, welche uns die
herrschenden Klassen ständig geben. Ihre innere Fäulnis,
ihre verlogenen trügerischen Heucheleien müssen uns
als Warnung dienen. Für alle ehrlichen Arbeiter und
Arbeiterinnen gibt es nur eine Rettung aus dem Sumpf
dieser Gesellschaft, Front gegen alles Schmarozertum, und
wenn es sich noch so geschickt maskiert hat.

Wir ehren und lieben den aufrechten Menschen, der
freiwillig und offen seine ehrliche Ueberzeugung vertritt,
auch selbst dann noch, wenn sie auf irrigen Voraus-
setzungen beruht. Wir verachten aber den gewissenlosen
Demagogen auf das Tiefste, von dem wir wissen, daß er
wider besseres Wissen eine schlechte Sache mit Scheinbar
guten Gründen vertritt. Von dem wir wissen, daß er ganz
bewußt die Arbeiter mit trügerischen Gründen täuscht,
indem er Hoffnungen in ihnen erweckt, die in abschbarer
Zeit nicht in Erfüllung gehen können.

Aber gerade dadurch verbunden er sich schwer an der
gesamten Arbeiterbewegung und ihren Zielen. Denn die
Hoffnung auf die nahe Zukunft, alle Zukunftswünsche er-
füllt zu sehen, vertreibt sie, die notwendige Gegenwart-
arbeit arg zu vernachlässigen. Wir müssen mit aller Kraft
daran arbeiten, ein neues besseres Menschenmaterial
heranzubilden als es gegenwärtig vorhanden ist. Und
dazu ist es eben notwendig, daß jeder Einzelne daran mit-
arbeitet. Frei und stolz gehört er zur Gewerkschaft und
kämpft für sie, wo immer es gilt, ihre Ehre zu wahren;
er duldet keine Beitragschmarozerei.

Aus unseren Berufstreifen.

Ueber das Unterrichtsprogramm der neuen höheren
Fachschule für Tapezierer und Dekorateur in Frank-
furt a. M. berichtete kürzlich die Frankfurter Zeitung
folgendes:

„Was will diese neue Fachschule und wie baut sie
sich auf? Sie will tüchtige Kräfte in den Spezialgebieten
des Dekorateur- und Postergewerbes heranzubilden. Ihre
Leitung liegt in den Händen des Direktors Th. Walter,
als Lehrer wirken an ihr Gewerbeschullehrer, Fachlehrer
und Innenarchitekten. Der Unterricht umfaßt die Gebiete:
Zeichnen, Dekorieren, Postern, Wertzeug- und Wert-
stoffkunde, Betriebslehre, Kostenrechnen, Kultur- und
Kunstgeschichte, Farbenlehre, Schrift- und Zeichnungs-
lehre, Buchführung und Rechtskunde. Die 42 Wochen-
stunden, die gegeben werden, verteilen sich auf die Gebiete
wie folgt: 18 Stunden entfallen auf die verschiedenen
Zweige des Berufszeichnens, 10 auf Berufsarbeit und acht

auf Berufskunde. Diese 42 Stunden werden abgehalten an sechs Vormittagen (von 8 bis 1 Uhr) und vier Nachmittagen (3 bis 6 Uhr). Es sind Ganz- und Halbjahresurteile vorgesehen (Schulgeld im Jahr 240 Mk., im Halbjahre 120 Mk.). Die Kurse beginnen anfangs April und Oktober. Der Anmeldung sind ein eigenhändig geschriebener Lebenslauf, beglaubigte Zeugnisabschriften und Nachweis einer ordnungsgemäßen Lehre beizufügen (Gesellensprüfung). Es ist bei jeder Anmeldung eine Einschreibgebühr zu zahlen, die auf das Schulgeld verrechnet wird. Alle Vierteljahre werden Schulmeisterberufe genannt und Prüfungsarbeiten verlangt. Bei guten Leistungen berechtigt das Abschlußzeugnis der Fachschule zum Erlaß des theoretischen Teiles der Meisterprüfung.

Der 28. Verbandstag des Tapeziererbundes tagt vom 15. bis 18. August in Köln a. Rh. Am 14. August ist eine Tagung der Fachlehrer vorgesehen, auf welcher Direktor Th. Walter (Frankfurt a. M.) über die neue Fachschule und der Bundesvorsitzende P. Spindler über den gewerblichen Nachwuchs referieren wird.

Man muß es den führenden Kreisen im Handwerk lassen, nach außen hin machen sie in jüngster Zeit gewaltige Reklame für das Handwerk.

Man fühlt und sieht wohl auch, daß die Zukunft der rationalen, industriellen Warenerzeugung gehört und daß auch eine größere Normierung in der Herstellung von Gebrauchsgegenständen Platz greifen wird, trotzdem gibt man sich der Hoffnung hin, dem Handwerk muß eine neue Blütezeit bevorstehen.

Nach außen, so sagen wir, wird also gewaltige Reklame gemacht, da wird versucht, dem Wohnung- und Innenarchitekten durch Fachschulabschlüsse des Nachwuchses die Führung in der Wohnungsausstattung zu entreißen und wieder den Handwerkerkreisen zuzuwenden.

Daß es aber im Handwerk noch recht viel Arbeit zu besorgen gibt, kommt doch nur gelegentlich einmal an den Tag. Schon in der Vorriegezeit war die Massenherstellung von Matratzen und billigen Polstermöbeln (Stapelmöbelindustrie) schwer verrufen. Wurde doch für diese Art Polsterarbeiten das schlechteste Material verwendet. Abnahme war die große breite Masse der Minderbemittelten, den Vertrieb besorgten Möbelgeschäfte und Abzweigungsgehäule aller Art. Nach dem Kriege waren diese Matratzenfabriken nicht mehr lebensfähig, sie sind aber in jüngster Zeit wieder neu entstanden.

Welches Polstermaterial in diesen Betrieben vielfach verarbeitet wird, ist jeder Beschreibung. Vor mir liegt eine Probe, diese besteht aus einer Mischung von Heu, Stroh und Pferdehaaren, der größte Teil ist bereits Staub. Das Zeug riecht dumpf und niedrig, es wird, wie der Weberverband sagt, als Füllmaterial für Aufkissenarbeiten verwendet. Lieferanten dieses Materials sind Journeuhändler. Es braucht kaum gesagt zu werden, wie gesundheitsschädlich die Verarbeitung ist und die Benutzung solcher Matratzen. Die Arbeiter haben sich endlich geweigert, dieses Material zu verarbeiten, was schon längst hätte geschehen müssen. Freilich können wir nicht wissen, was dennoch weiter an solchem Schundzeug alles verarbeitet wird.

Wir haben vor dem Weltkrieg bereits die Gefahr befürchtet, die darin liegt, daß durch eine Probenabnahme alte Polstermöbel aufgesammelt werden, die man als unbrauchbar auf den Müllhaufen warf. Der Verein „Die Kunst an Arbeitslojen“ läßt diese zum Teil verkaufen, mit ungeeigneter behafteten Gegenstände aufklemmen, das Material aufbereiten und verkaufen zur Wiederverwendung. Es finden sich ansehnlich genug Abnehmer für solchen Mist, denn der Obermeister der Berliner Innung, Herr Holhammer, hat eine Eingabe an das Ministerium für Volkswohlfahrt gerichtet, in welcher auf die Gefahren aufmerksam gemacht wird, die aus der Aufbereitung und Wiederverwendung dieses eferterenden Zeugs für die Volksgesundheit erwachsen.

Wir haben, wie gesagt, schon in der Vorriegezeit diese Schmelzerei beleuchtet und auch Proben solchen Materials durch das städtische Gesundheitsamt, Fährstraße 39/42, untersuchen lassen. Leider war der Erfolg völlig negativ, denn das Gesundheitsamt konnte an diesem Material nichts Gesundheitschädliches entdecken.

Wir hatten allerdings nicht die Möglichkeit, die Gegenstände an Ort und Stelle zu untersuchen, wo dieses Material aufbereitet und wiederverarbeitet wurde. Wenn das der Innung möglich ist, hat die Eingabe vielleicht Erfolg!

Aus diesen Tatsachen ist zu ersehen, was nicht alles für Druck zu Matratzen verarbeitet wird, ohne daß der Käufer auch nur eine Ahnung hat, was man ihm für sein Geld ausfährt. Gewiß, die Not ist groß und man muß öftig zu kaufen suchen, daß sagt alles. Auch die große Arbeitslosigkeit mag die Arbeiter veranlassen, daß sie bis jetzt über diese Mißstände hinwegsehen. Das kann aber auf keinen Fall entschuldigt werden. Sie machen sich ja zum Mitgeschicklichen an dem Betrug, der doch zweifellos an den Käufern von Gegenständen verübt wird, die mit solchem Schmutz- und Schundzeug gefüllt sind! — Es wäre auch angebracht, darüber nachzudenken, wie sehr die Aufbereiter und Verarbeiter dieses Materials sich an ihrer eigenen Gesundheit schädigen.

Die Eingabe des Obermeisters und Mitglieds des Reichstages, Herrn Franz Holhammer, zeigt, wie die Rechte der Weibliche des Handwerks in der Gegenwart aussieht.

Internationale Unterstützungsfaktion für England.

(302.) Der Generalrat des englischen Gewerkschaftsbundes hat nachträglich den Wunsch ausgesprochen, die Unterstützungsfaktion für England nicht wie üblich mit Beschränkung des Streiks abzubrechen, sondern mit Rücksicht auf die mit der Wiederaufnahme der Arbeit und die Fortführung des Streiks der Bergarbeiter verbundenen Schwierigkeiten fortzusetzen. Der Generalrat hat sein Mitglied A. A. Purcell beauftragt, mit verschiedenen, dem Internationalen Gewerkschaftsbund angeschlossenen Landeszentralen wegen Beschaffung weiterer Mittel zu verhandeln.

Die Arbeitslosigkeit in den freien deutschen Gewerkschaften.

Die Zusammenstellung des ADGB über die Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit im Monat April 1926 in den Verbänden ergibt folgendes Bild: Berichtet wurde über 31 Verbände mit 5185 Zweigvereinen und 2 579 358 männlichen und 628 049 weiblichen, zusammen 3 207 407 Mitgliedern. Von diesen waren am letzten Arbeitstage arbeitslos 483 113 männliche, 119 262 weibliche, insgesamt 602 375 Mitglieder gleich 18,8 Proz. gegen 21,6 Proz. im Vormonat.

Vertürzt arbeiten 445 114 männliche, 218 160 weibliche, zusammen 663 274 Arbeiter gleich 21,3 Proz.

Korrespondenzen.

Stuttgart, Verammlung vom 27. April. Die gut besuchte Mitgliederversammlung nahm die Berichte von den Verhandlungen in der Lederwarenbranche wie auch über den Verbandstag entgegen. Kollege König beleuchtete die Bestrebungen der Arbeitgeber auf Herabdrückung der Existenz der Arbeitnehmer auf Stellung von Wanderversuchsanträgen, die sie (nach aus Schamgefühl) nicht schriftlich vorzulegen beliehen. Die Tendenz dieser Anträge läuft darauf hinaus, nicht einen Tarifvertrag, sondern ein Abkommen zu treffen, aus welchem die gesetzlich gewährtesten Rechte der Arbeitnehmer vertraglich abgehandelt werden sollten. Hierzu wurde durch Annahme einer Resolution Stellung genommen, welche das Verhalten der Arbeitgeber verurteilt. Im übrigen wurde die Handlungsfreiheit über den neuen Entwurf dem Vorstand übertragen. Kollege Schorler schilderte den Verlauf und Stellungnahme des Verbandstages in eingehender Weise. Besonders die Vorstandsberichte wurden eingehend gewürdigt. Die Haltung des Vorstandes in den allgemeinen Fragen, das Verhältnis zu Offenbach, die neue Vorstandszusammensetzung, die Beitragserhöhung und die Gründe hierzu wurden eingehend dargelegt. In der Diskussion wurde von einzelnen Kollegen die Beitragserhöhung teils als zu einseitig bezeichnet, die Verlängerung der Karenzzeit in der Krankenunterstützung wurde bemängelt, auch wurde weiterer Aufschub über die Anträge gewünscht. Andererseits wurde wieder völliges Einverständnis mit der gesamten Haltung des Verbandstages zum Ausdruck gebracht. Eine grundsätzliche Opposition zu den Beschlüssen des Verbandstages trat jedoch nicht zutage. Nach kurzen Ausführungen des Kollegen König, in welcher er die in der Diskussion aufgeworfenen Fragen beantwortete, wurde einer von der Ortsverwaltung vorgelegten Votalschlussregelung einstimmig zugestimmt. Damit zeigte die Versammlung, daß sie gewillt ist, so harrt es auch gegenwärtig den einzelnen ankommen mag, die Organisation hoch zu halten, zu härten und in den Stand zu setzen, alle Ansprüchen der Unternehmer gewappnet begegnen zu können.

In ähnlich zustimmendem Sinne nahm auch die Kollegenzeitung in Wablingen nach einem Bericht des Kollegen König Stellung zu den Ergebnissen des Verbandstages.

Rundschau.

(303.) Das Sekretariat des Internationalen Gewerkschaftsbundes teilt mit: Zu unserem größten Erstaunen wurden wir kürzlich davon in Kenntnis gesetzt, daß die britische Regierung A. Knoll vom Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund die Einreiseerlaubnis zur Teilnahme an dem vom ADGB und der Soc. Arbeiter-Internationale ursprünglich für den 18. Mai in London anberaumten Weltwanderungstongress nicht erteilt hat. Inzwischen ist nun auch das für Gen. Tr. Leipzig, Vorsitzender des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes und Vizevorsitzender des IGB, erteilte Visum zurückgezogen worden, so daß die Abhaltung des auf den 22. Juni vertagten Weltwanderungstongress in London in Frage gestellt wird. Damit ist der ungeheure Schaden, den der Weltwanderungstongress in London in Frage gestellt wird, daß im sogenannten „Lande der Demokratie“ der Abhaltung eines Kongresses des IGB und der Soc. Arbeiter-Internationale in größtmöglicher Weise entgegengehandelt wird, während z. B. den Konferenzen des IGB im Balkan nicht die geringsten Hindernisse in den Weg gelegt wurden. Ähnliche Dinge ereignen sich höchstens noch im Lande Mussolinis!

Sechzig Jahre Buchdruckerbund. Im Jahre 1866 wurde in Leipzig zu Pfingsten der Deutsche Buchdruckerbund gegründet, er besteht somit 60 Jahre. Das Verbandsorgan besteht schon seit 1863 und seit 1873 besteht der Allgemeine Deutsche Buchdruckerbund. Der Bund zählt zurzeit rund 80 000 Mitglieder, sein Verbandsvermögen beträgt 5 Millionen Mark. Der Bund umfaßt die Berufs der Hand- und Maschinenleger, Drucker, Korrektoren, Stereotypen, Galvanoplastiker, Schriftsetzer, Schriftschneider und Graveure. 92 Prozent aller Gehilfen gehören dem Bund an. Der Bund hat ferner 12 000 Lehrlinge organisiert.

In einer acht Seiten starken Festnummer würdigt der Korrespondent des Ereignis auch durch die Wiedergabe der Bilder seiner bisherigen Vorsitzenden Barthold Heistat, Richard Härtel, Johannes Dildolph, Franz Sulz, Emil Döblich und Josef Seip.

Der Bund hat 16 834 Jubilare, die mehr als 60, 50 und 25 Jahre organisiert sind. 100 Funktionäre des Verbandes bilden auf eine 25jährige Dienstzeit zurück, darunter befinden sich verschiedene mit Dienstjahren bis zu 45, einer sogar mit 51 Jahren. Wichtig, der Bund der Deutschen Buchdrucker kann mit Stolz auf seine Vergangenheit zurückblicken und ganz besonders auf sein vorbildliches Wirken für den Tarifvertrag. Unsere besten Wünsche dem Jubilär.

Streik in der Pariser Automobilindustrie. Mitte Mai brach bei der Firma Citroën eine Differenz aus, es wurden mehrere tausend Arbeiter ausgesperrt. Auch bei Renault verliefen daraufhin fortschreitend Arbeiter die Arbeit und verlangten Gehaltserhöhungen. Da keine Verständigung möglich war, wurde der Betrieb geschlossen, so daß nunmehr 12 000 Arbeiter betroffen wurden. Die Polizei hat die Betriebe besetzt, inwieweit es wegen Arbeitswilligen zu Schlichtungen kam.

Anordnung für weitere Geltung der Höchstlöhne in der Erwerbslosenfürsorge. Der Reichsarbeitsminister veröffentlicht im Reichsarbeitsblatt Nr. 18 vom 9. Mai, daß die Geltungsdauer der Anordnung über die vorübergehende Erhöhung der Höchstlöhne in der Erwerbslosenfürsorge vom 7. Dezember 1925, Reichsarbeitsblatt S. 562, und jener vom 27. Februar 1926, Reichsarbeitsblatt S. 62, bis zum 22. Mai 1926 verlängert wurde.

Die Geltungsdauer der Anordnung über Kurzarbeiterfürsorge vom 20. Februar 1926, Reichsgeblblatt I S. 105, wird bis zum 3. Juli 1926 verlängert.

Bücherchau.

Verlags-Gesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes: Amerikareise deutscher Gewerkschaftsführer. Broschüre 3,75 Mk., gebunden 4,25 Mk. Der Inhalt des Buches ist kollektivarbeit. Die Wirtschaft in Amerika bespricht Kurt Heining. Das soziale Leben, die kulturellen Zustände, das Verhältnis der Gewerkschaften zu den Arbeitern, besonders der Unternehmer und Arbeiter J. Furtwängler. F. Larnow schildert die Gewerkschaftszustände und die Einstellung der Gewerkschaften zur allgemeinen Politik. Besondere Kapitel behandeln das Alkoholverbot, die Arbeiterbanken. Der Inhalt des Buches ermöglicht vielen, Einblick zu gewinnen über Amerika und die dortigen Zustände auf Grund eigener, wenn auch in kurzer Zeit gewonnener Eindrücke durch die Verfasser. Derhalb verdient es weiteste Verbreitung zu finden.

Arbeiter-Jugend-Verlag, Berlin S.M. 61. Bericht über die Jahre 1924 und 1925.

Arbeiterkammer Bremen. Bericht über das Jahr 1925. Die „Bücherwarte“ mit Beilage „Arbeiterbildung“ ist zum Preise von 1,50 Mk. für das Vierteljahr durch die Post oder Buchhandlung zu beziehen. Einzelnummern kosten 75 Pf. Der Reichsausschuß für sozialistische Bildungsarbeit, Berlin S.M. 68, Lindenstr. 3, stellt Probeummern gern zur Verfügung.

„Laden links“. Jede Nummer 25 Pf. Zu beziehen durch alle Postanstalten. Dieses Wählblatt gliedert in bestehender Größe die Ereignisse unserer Tage.

Auch die „Reichsbanner-Zeitung“ bietet bei dem Preise von 20 Pf. eine Fülle von prächtigen Bildern und lehrreichen Aufsätzen.

„Die Gemeinde“. Heft 10. Kommunalpolitische Aufsätze. Erscheint am 1. und 15. jeden Monats. Abonnement 90 Pf. Bestellung bei allen Postanstalten.

Verbandsnachrichten.

(Bekanntmachungen des Vorstandes und der Ortsverwaltungen.)

Rom 28. bis 30. Mai ist der 21. Weltkongress fällig.

Ohne Pflichten keine Rechte!
Pünktliche Beitragszahlung ist jetzt doppelt Pflicht!

Achtung! Betrifft neue Berichtstarken über Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit.

Das Bedürfnis, die Erfassung der Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit auf die einzelnen Branchen auszuweiten, veranlaßt den Hauptvorstand ab Monat Mai andere Berichtstarken einzuführen, in denen besonders Rubriken für Lederwarenarbeiter, Tapezierer, Fahrzeugbranche und Treibriemenarbeiter vorgegeben sind. Die übrigen kleineren Branchen sind unter der Rubrik: „Sonstige Branchen“ aufzuführen. Wie erliegen die Verwaltungen, sich im Interesse einer genaueren Erfassung des derzeitigen Standes des Arbeitsmarktes der dadurch entstehenden Mehrarbeit zu unterziehen und die genau ausgefüllten Karten bis spätestens zum 5. Juni an uns einzusenden. Schlußtag für Mai ist Sonnabend, der 29. Mai. Auch die Orte, an denen zurzeit Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit nicht vorhanden ist, müssen die ausgefüllten Karte einsenden. Bei der Frage: 5 „Kurzarbeiter“ ist zu beachten, daß die Fragestellung lautet: „Was die wöchentliche Arbeitszeit verkürzt um 1 bis 8 Stunden, 9 bis 16 Stunden usw.“? Es kommt immer wieder vor, daß Orte, die zum Beispiel 36 Stunden pro Woche arbeiten, das unter der Rubrik — 25 und mehr Stunden verkürzt — eintragen. Wie bitten darum, das für die Zukunft besser zu beachten. Die bisher verwendeten Berichtstarken sind zu vernichten. Wie bitten nochmals dringend darum, die neuen Karten genau auszufüllen und pünktlich einzusenden, damit zeit- und portofreundliche Rückfragen und Abfragen vermieden werden können.

Adressenveränderungen.

Hannoverscher. Vorj.: Mitz, Monner Str. 26.
Darmstadt. Vorj.: Heinrich Huber, Heibelmer Straße 8.
Duisburg. Vorj.: Heinrich Spangenberg, Aktienstraße 40.